

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Tageblatt-Rieser
Herrn R. 20.
Postfach R. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1882.
Zirkel:
Rieser Nr. 52.

Nr. 283.

Wittwoch, 5. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustell-
gebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabestandes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für
bis 10 mm breite, 1 mm hohe Schrift-Zeile (5 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife.
Bemerkung: Rabatte werden nicht gewährt, wenn der Vertrag eingegangen worden ist oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung: Unterhaltungsbeiträge
Erklärer an der Hand. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Vertriebs- oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Chamberlain schafft Klarheit.

Jetzt hat der englische Außenminister mit der Ange-
legenheit über die Haltung Englands zur Räumungsfrage
ein unabweisbares Ende gemacht. Er hat sich im eng-
lischen Unterhaus zu einer Erklärung geäußert, die klipp
und klar die englische Ansicht wiedergibt und die als eine
offizielle Stellungnahme Großbritanniens zu bewerten ist,
weil sie an offizieller Stelle von einem der verantwort-
lichsten Staatsmänner Englands präsentiert wurde. Cham-
berlain hat also die Haltung Englands zur Räumungs-
frage dahin gehend festgelegt, daß der Artikel 431 des
Verfallener Vertrages Deutschland nicht das Recht erbe-
halte eine frühzeitige Räumung des Rheinlandes zu ver-
langen. Er bekräftigt diese Ansicht Englands mit seiner
Feststellung, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus
dem Friedensvertrage noch nicht erfüllt habe, da die
Zahlungsleistungen des Reiches noch nicht in vollem Um-
fange getätigt worden seien. Der englische Außenminister
hat sich also fast genau auf denselben Standpunkt fest-
gelegt, den auch Poincaré in der Räumungsfrage ver-
tritt. Chamberlain hat noch ein weiteres bekräftigt: Aus
seiner Ansicht über die Räumungsfrage und aus der Be-
gründung, die er dieser Ansicht unterlegt, geht hervor,
daß auch England die Frage der Räumung aufrechtge-
haltener Zahlungen mit dem Räumungsproblem verbinden
will, denn er vertritt ja die These: erst die Reparationen
und dann die Räumung.

In Deutschland haben diese Erklärungen im eng-
lischen Unterhaus die allergrößte Aufregung ausgelöst.
Denn sie haben das deutsche Volk darüber belehrt, daß
die deutsche Ansicht, die die beiden Fragen der Räumung
und der Zahlungsverpflichtungen streng voneinander getrennt
sehen will, in der Praxis sowohl von Frankreich als auch
von England abgelehnt wird. Da diese beiden Groß-
mächte England und Frankreich als die hauptauschlag-
gebenden Verhandlungspartner Deutschlands in der kom-
menden Aussprache der Sachverständigen anzusehen sind,
so kann sich das deutsche Volk schon heute eine Vorstel-
lung davon machen, wie die kommende Aussprache aus-
fallen wird und mit welchen Argumenten die Sachver-
ständigen der Gegenseite zu operieren gedenken. Es darf
daher sowohl die Pariser als auch die Londoner Regierung
nicht wundernehmen, daß in Deutschland immer mehr der
Glaube an ein gedeihliches Ergebnis der geplanten Bespre-
chungen über die Revision des Dawesplans schwindet und
immer mehr sich im deutschen Volke die Ansicht geltend
verschafft, daß es besser wäre, diese Aussprache überhaupt
nicht stattfinden zu lassen, da in ihr eine objektive Beur-
teilung der ganzen Sachlage ja doch nicht zum Wort kom-
men wird.

Immerhin würde die Reichsregierung gut daran tun,
die höchst anfechtbaren und bedauerlichen Erklärungen des
englischen Außenministers richtigzustellen. Deutschland
leiht sein moralisches Recht auf eine frühzeitige Räumung
der besetzten Gebiete aus seiner Mitgliedschaft zum
Völkerbund ab, aus seinem Beitritt zu den Locarno-Ver-
trägen und aus den Garantien, die das Reich über die
Grenzsicherheit im Westen gegeben hat. Sein juristisches
Recht auf eine frühzeitige Räumung erlischt das deutsche
Volk in seiner Gesamtheit in dem Wortlaut des Artikels
431 des Verfallener Vertrages, der festlegt, daß eine früh-
zeitige Räumung stattfinden soll, wenn Deutschland den
im durch den Verfallener Vertrag aufgestellten Verpflich-
tungen Genüge leistet. Es ist hier zu beachten, daß der
Wortlaut des Artikels 431 ausdrücklich die Präsen-
zform benutzt. Das heißt, er sagt nicht, daß eine früh-
zeitige Räumung in Frage komme, wenn Deutschland den
Verpflichtungen Genüge geleistet habe, sondern wenn
es "Genüge leistet". Weber von Frankreich, nach von Eng-
land wird abgelehnt, daß Deutschland seinen Verpflich-
tungen in der Räumungsfrage Folge geleistet hat. Es
wird von beiden Staaten nur behauptet, daß die im
auferlegten Zahlungsverpflichtungen noch nicht erfüllt wären,
was nach Ansicht dieser Staaten nachweise, daß die Be-
dingungen des Artikels 431 für eine frühzeitige Räumung
des Rheinlandes noch nicht gegeben seien. Mit die-
sem Standpunkt erheben England und Frankreich eine
volkswirtschaftliche Sinnlosigkeit zu einem Hauptargument
ihrer Stellungnahme. Gibt es auf der ganzen Welt einen
einzigen vernünftigen Menschen, der annehmen könnte, daß
Deutschland innerhalb der 15 Jahre, die die Besatzungs-
zeit umschließt, in der Lage sein könnte, seine gesamten
Zahlungsverpflichtungen an die ehemaligen Alliierten, Lei-
stungen, die noch vor einigen Jahren mit der ungeheuren
Summe von 132 Goldmillarden festgelegt wurden, zu
erfüllen? Könnte eine Erfüllung dieser Leistungen über-
haupt in Frage kommen, wenn von Seiten der Alliierten
die genaue Endsumme bis jetzt noch nicht bekannt gegeben
wurde? Die Frage der deutschen Zahlungsverpflichtungen ist
im Verfallener Friedensvertrag offen gelassen worden. Kann
daher ein Artikel dieses gleichen Vertrages als Bedingung
eine bestimmte Vertragserfüllung verlangen, die in diesem
Vertrage überhaupt noch nicht präzisiert ist? Immerhin:
Herr Poincaré und Herr Chamberlain machen sich beide
eine solche Sinnlosigkeit, eine solche unglaubliche Verhö-
hung Deutschlands zu eigen. Wachen Sie sich zu eigen noch

Eine große Kammerrede Briands.

Seine Darstellung der deutsch-französischen Verhandlungen. — Briand gegen den Anschluß.

Paris, 4. Dezember. (Telefont.) Im Laufe der
Debatte über den Haushalt des französischen Außenminis-
teriums ergriff Briand das Wort zu längeren Ausführungen,
in denen er einen Überblick über alle außenpolitischen
Fragen gab, die zur Zeit die französische Regierung beschäf-
tigen.

Briand betonte, daß man, um einen soliden Friedens-
stand auszubauen, auch einer soliden Unterlage bedürfte. So
sei es denn sicherlich gut gemeint, daß in Genf durch seine
Rede gewisse Illusionen zerstreut seien, die eine politische
Lage vorgezeichnet, die bisher nicht vorhanden sei. Der
Reichskanzler Herrmann Müller hätte behauptet, daß er,
Briand, nicht weit davon entfernt sei, eine Politik mit dop-
peltem Boden zu machen. Hiergegen müsse er sich wenden.
Wenn zwei Länder über ein so großes Gebiet wie Deutsch-
land und Frankreich verhandelten, sei es immer möglich, Krieg
zu führen. Wenn das gegenseitige Vertrauen und der
Friedensgeist fehle, könne sehr leicht ein Krieg ausbrechen.
Das sei der Sinn seiner Genfer Ausführungen gewesen.
Frankreich sei dem Geiste von Locarno treu geblieben. Auch
Dr. Stresemann hätte seinerzeit ausgeführt, daß Locarno
die einzig mögliche Politik für Deutschland sei. Set nun
Locarno tatsächlich gescheitert? Als der Pakt unterzeichnet
worden sei, habe man im wesentlichen verlangt, daß man die
Rheinlandsbesetzung „humanisere“. Dies sei innerhalb
eines Jahres geschehen und im Rheinlande habe ein von den
früheren ganz verschiedenes Regime Platz gegriffen. Deutsch-
land habe also aus Locarno einen großen Nutzen gezogen.

Briand fuhr fort: Er sei, seinen Plan methodisch ver-
folgend, mit Stresemann zusammengetroffen, um zu ver-
suchen, die zwischen beiden Ländern bestehenden gefährlichen
Reibungen verschwinden zu lassen. Er habe von ihm Er-
füllungen bezüglich der Sicherheit Frankreichs verlangt
auch hinsichtlich der Verpflichtungen der Völkerbundver-
träge. Dr. Stresemann habe dies versprochen und dieses
Versprechen gehalten. Er habe ihn dann ermahnt, die Weisen
zu machen, die es Frankreich ermöglichen, das Rheinland
zu räumen. Man habe sich dahin geeinigt, daß Stresemann
durch Sachverständige nach den Mitteln suchen lassen würde,
sich vorzeitig zu befreien, und Briand habe darauf Strese-
mann geantwortet, er werde dessen Vorschläge erwarten. Diese
Vorschläge seien aber nicht gemacht worden.

In der Folgezeit habe Reichskanzler Müller den Wunsch
bekundet, mit Frankreich und dessen Alliierten in Bespre-
chungen zu treten. Diesem Wunsch habe er nachgegeben und
Reichskanzler Müller habe gesagt: Deutschland habe das
Recht, die sofortige Räumung des Rheinlandes zu verlangen,
während er ihm erwidert habe: „Nein! Juristisch den Ver-
trag in den Händen, haben Sie dieses Recht nicht!“

England habe die gleiche Antwort erteilt. Briand er-
klärte weiter, er habe dann den Vorschlag gemacht, man
möge vom juristischen auf das politische Gebiet übergehen und
man habe sich darauf geeinigt, daß auf dieser Grundlage das
Problem zum Auge gefaßt werden könne. „Frankreich“, er-
klärte Briand, „erträgt keinen Ruhezustand. Es will keineswegs
auf seine Position spekulieren. Es verlangt nur sein Recht.“
Das französische Volk, das wegen des Krieges Leiden zu er-
tragen hat, würde dem nicht zustimmen, unbestimmt jahrelang
seine Anstrengungen fortsetzen zu müssen, während
Deutschland die Hände in den Schoß lege und sagen würde:
„Ich zahle nicht mehr.“

In Dohzy habe er, Briand, den Zusammentritt einer
Sachverständigenkommission vorgeschlagen, um nach Ver-
ständigungsmitteln zu suchen. Seit einem Monat seien die
Verhandlungen im Gange, die Frankreich die Hoffnung
gaben, daß man zu einem Abschluß komme. Der zur allge-
meinen Liquidierung des Krieges führen werde. Wenn die
Deutschen ebenso entschlossen, wie die Franzosen den Frieden
wollten, sei dieses Ergebnis möglich. Glaube man, daß
der Friede nicht endlich in Europa geschaffen werde, wenn
sich dann Vertrauensbeziehungen zwischen den zwei großen
Völkern anknüpfen könnten? Dieser Friede ohne Mißver-
ständnis, der auf einer Rechnungsregelung aufgedeutet und

von ihm mit Hartnäckigkeit erstrebt werde, würde auf weni-
ger schwachen Füßen stehen. Große Dinge seien bereits ge-
tan. Noch größere würden es morgen sein. Er und Poincaré
würden daran in vollkommener Uebereinstimmung arbeiten.
(Zuruf Poincarés: „Das ist durchaus richtig.“)

Briand ging dann zur Frage der militärischen Kontrolle
über. In Locarno habe man Veröfentlichungsmitteln zur
Regelung verschiedener Konflikte vorgezogen. Durch ein
solches Komitee würden die Kontrollschwierigkeiten gelöst
werden. Das sei sicherlich ein guter Weg.

Zum Abrüstungsproblem erklärte der Außenminister:
Frankreich habe sich einer praktischen Lösung zugewandt, die
seine Sicherheit nicht gefährde. Locarno sei eine Garantie,
der Pariser Pakt eine weitere, aber es seien noch viele
Probleme zu regeln. Briand wies dann die Kritik am
Völkerbund zurück und auf das von diesem während der
10 Jahre seines Bestehens geleistete Werk hin. Er nahm
Frankreich gegen den Vorwurf des Imperialismus und
Militarismus in Schutz. Von 1918 bis heute hätten die mili-
tären Ausgaben Frankreichs sich um mehrere hundert
Millionen verringert. Diejenigen der Vereinigten Staaten
seien in der gleichen Zeit von sechs Milliarden auf zehn
Milliarden gestiegen. Es gebe kein Volk, mit dem Frank-
reich nicht bereit sei, Abkommen zu unterzeichnen.

Gegenwärtig seien Verhandlungen mit Italien im
Gange, um zu einem Freundschaftsvertrage zu kommen.
Das auch kommen möge, zwischen Frankreich und Italien
könne es keinen Krieg geben. Niemals würde Frankreich
Italien seine Freundschaft entziehen. In der Kritik der
italienischen Presse bezüglich des Urteilspruches des Pariser
Gerichtes in der Angelegenheit der Ermordung des Bischofs
Ruffini erklärte Briand, man müsse sich an den Ge-
danken gewöhnen, daß jedes Land seine eigenen Einrich-
tungen habe. Zwischenfälle, wie der genannte, könnten keinen
Graben zwischen den beiden Ländern schaffen, den man nicht
überbrücken könnte.

Briand sprach hierauf von der Anschlussfrage. Sie sei
ein Problem wie jedes andere. Der Abg. Francois Albert
befürchte, daß sie durch einen Generalstreik gelöst werden
könne.

Der Anschluß sei aber nicht ohne gewisse Formalitäten,
die der Art. 88 des Friedensvertrages vorsehe, zu verwirk-
lichen. Die Zustimmung des Völkerbundesrates sei erforder-
lich. Die Nationen vor eine vollendete Tatsache zu stellen,
würde also einen schweren Fehler bedeuten. Die Völker
hätten das Recht, über ihr Geschick selbst zu bestimmen, je-
doch nicht Selbstmord zu begehen. Glücklicherweise sei das
Anschlußproblem nicht aktuell. Frankreich nehme für sich
das Verdienst in Anspruch, seit den ersten Tagen Desterreich
um Weiterleben geholfen zu haben. Seitdem habe Frank-
reich nicht aufgehört, bei den Nachbarn im Interesse
Desterreichs zu intervenieren. Die Verhandlungen Frank-
reichs mit dem Vatikan hätten mit Innenpolitik nichts zu
tun. Die deutschen Katholiken könnten aus innerpolitischen
Gründen den Versuch machen, den Anschluß Desterreichs an
Deutschland durchzuführen. Wenn aber der Vatikan den
Wunsch hätte, in Desterreich eine der Stützen des Katholizis-
mus verschwinden zu lassen, so würde dies den Redner auf
lebenslängliche Erbkäse setzen. Im übrigen sei der Vatikan
an einer Aufrechterhaltung des Friedens lebhaft interessiert.
Er werde sicherlich nichts unternehmen, was für den Frieden
von Nachteil sein könnte.

Zum Schluß seiner Ausführungen sprach Briand von
dem Kelloggspakt und wies den Vorwurf zurück, daß er nur
eine illusorische Friedensgarantie bedeute. Jede Nation, die
den Kelloggspakt zerreiße, würde sich den schlimmsten Folgen
aussetzen.

Briand schloß mit einem Appell an Desterreich: „Laß
Dich nicht irre führen. Auch Du wirst an die Reihe kommen.
Wenn Du Dich in Deinem österreichischen Gewissen behindert
fährst, so appelliere an das europäische Gewissen, doch behalte
Deine Persönlichkeit bei.“

wenige Wochen vor dem Zeitpunkt, an dem durch eine
vernünftige Verständigung eine alle Teile befriedigende
Lösung gefunden werden soll. Kann das deutsche Volk also
auf die Verhandlungen des Sachverständigenausschusses
irgendwelche Hoffnungen setzen oder muß es sich heute
schon sagen, daß die Aussprache nur das bezwecken soll,
was die ehemaligen Alliierten wollen, nämlich die Rück-
kehr zum Verfallener Diktat? Die Antwort auf diese Fra-
gen ergeht sich von selbst.

Im übrigen sei zugegeben, daß die Erklärungen
Chamberlains im englischen Unterhaus schon aus rein
politischen Gründen nicht anders ausfallen können,
als wie man sie zu hören bekam. Hätte der englische
Außenminister die Auslegung des Artikels 431 im Sinne
Deutschlands bekräftigt, so hätte er damit auch zugegeben,
daß die weitere Besetzung des Rheinlandes widersätzlich
sei, daß also die Politik Großbritanniens sich an einer

Vertragsverletzung mitschuldig gemacht habe. Schon aus
diesem Grunde hat sich Chamberlain vermutlich zu seinen
Unterhausäußerungen geäußert. Hoffnungsvoller für
Deutschland wird die Angelegenheit hierdurch bestimmt
nicht.

Die Handwerksnovelle bleibt in der Regierungsfassung.

od. Berlin. Mit Ausnahme der zurückgestellten Be-
stimmungen über den Wahlmodus zu den Handwerks-
kammern schloß der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichs-
tags die erste Lesung der Handwerksnovelle ab. Da sämt-
liche Änderungsanträge mit wechselnden Mehrheiten ab-
gelehnt wurden, bleibt es einstweilen bei der Fassung der
Regierungsvorlage. Die Beratung wird am nächsten Dienst-
tag fortgesetzt.

Denkt an Weihnachten!